

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

29.3.1928 (No. 76)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3.- RM. einzl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Stresemann über Abrüstung

Das Jahresbankett der ausländischen Presse in Berlin. Bei einem am Mittwoch abend in Berlin veranstalteten Jahresbankett des Vereins der ausländischen Presse...

Letzte Nachrichten

Die letzten Reichstagsitzungen. M. Berlin, 29. März (Priv.-Tel.) Es läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen, ob der Vorschlag des Reichstagsrats...

Mussolini und seine Politik

Die äußere Politik Mussolinis ist von seiner inneren nicht zu trennen: sie ist die Ergänzung dazu. Der ungekrönte Herrscher Italiens wird im Innern nur so lange seine persönliche Machtposition behaupten...

Deutsche Goldkäufe in Amerika

M. Berlin, 29. März. (Priv.-Tel.) Die Reichsbank hat nach einer New-Yorker Meldung — 20 Millionen Gold-dollar angekauft, die innerhalb 4 Wochen zur Verschiffung gelangen werden.

Briefmarken mit dem Bilde Eberts und Hindenburgs

B.Z. Berlin, 29. März (Tel.) Der Reichspräsident hat die Ausgabe von Briefmarken mit dem Bilde der deutschen Reichspräsidenten genehmigt.

Die rumänischen Schulden an Frankreich

M. Berlin, 29. März. (Priv.-Tel.) Das französisch-rumänische Schuldenabkommen ist — wie aus Paris gemeldet wird — nach dem Vorbild des französischen Schuldenabkommens mit Amerika abgeschlossen worden.

Französische Kritik an Mussolini

B.Z. Paris, 29. März. Zu Mussolinis Äußerungen hinsichtlich der Revision des Vertrages von Trianon erklärt „Echo de Paris“: Wenn am Quai d'Orsay ein Mann die Führung hätte...

Brasilien und der Völkerverbund

B.Z. Paris, 29. März. (Tel.) „Excelsior“ bezeichnet das Gerücht, daß die Antwort der brasilianischen Regierung auf die Einladung, wieder an den Arbeiten des Völkerverbundes teilzunehmen, gewissen Nachrichten zufolge negativ ausfallen dürfte.

Dann sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann zunächst von einer Antithese zwischen Sceptis und Vertrauen gegenüber den Ereignissen der letzten Zeit...

Jahr für Jahr, so fährt der Minister fort, haben die in der Völkerverbundversammlung vereinigten Staaten einstimmig festgestellt, daß die Abrüstung die wichtigste Aufgabe des Völkerverbundes sei...

Was ist in der Abrüstungsfrage jetzt zu tun? Das Wort haben jetzt die Regierungen der militärisch führenden Staaten. Auf ihnen liegt die Verantwortung und auf sie richtet sich die Erwartung der Völker.

Der Preussische Landtag wird am 30. März seine letzte Sitzung abhalten und seine Auflösung zum 19. Mai beschließen.

Der Preussische Landtag wird am 30. März seine letzte Sitzung abhalten und seine Auflösung zum 19. Mai beschließen.

peln. Aber auch seine Außenpolitik hat bis jetzt wenigstens Italien nicht offensichtlich geschädigt. Und, wenn erst einmal ganz bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, wird Mussolini wahrscheinlich nicht zögern, diese seine Außenpolitik durch eine planmäßige Bündnispolitik noch aktiver zu gestalten. Was er neuerdings über Ungarn und über die Dauerhaftigkeit von Verträgen gesprochen hat, war diplomatisch außerordentlich klug. Auch wir haben alle Veranlassung außerordentlich klug. Mussolini erklärt, man könne eine Nation nicht unter dem Druck des dauernden Gefühls eines offensibaren Unrechts lassen, und in der ganzen Geschichte habe es noch nie einen Vertrag gegeben, der ewig dauert. Dieses Wort mögen sich vor allem die Franzosen merken.

Die Beziehungen Mussolinis zu Deutschland und Österreich würden besser sein, wenn es nicht die süditalienische Frage gäbe. Mussolini hat zugestanden, daß Südtirol in der Hauptsache von Österreichern bewohnt ist. Aber er reklamiert dieses Gebiet nach wie vor mit aller Entschiedenheit aus geographischen Gründen, aus Gründen des militärischen Schutzes für Italien. Diese Auffassung ist schmerzhaft für uns. Aber sie liegt ganz auf der Linie einer politischen Wahrung der italienischen Interessen. Aufgabe der nächsten Zukunft müßte es sein, hier eine Einigung herbeizuführen, etwa in der Weise, daß Deutschland und Österreich die Grenzziehung des Friedensvertrags von St. Germain ein für allemal feierlich anerkennen, die italienische Regierung dafür aber den deutschen Bevölkerung in Südtirol gewisse Vorrechte einräumt. Wäre der Völkerverbund das, was er sein sollte, ein wirklich unter allen Umständen zuverlässiger Hüter des Friedens, dann brauchte es allerdings Argumente militärgeographischer Art für die Annektion Südtirols durch Italien nicht mehr zu geben; denn dann hätte Italien Angriffe von Norden her überhaupt nicht zu fürchten. Die Deutschen Südtirols aber würden wieder mit ihren Brüdern vereinigt sein.

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte

Am Mittwoch abend sprach in Zürich auf Einladung der Züricher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft vor einer großen Zuhörerschaft, unter der sich auch der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, befand, Reichstanzler a. D. Dr. Kuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hamburg-Amerikanische, über die deutsche Handelsflottenschiffahrt im Rahmen des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft.

Er schilderte, wie die deutsche Schiffahrt nach dem Kriege wieder aus dem Nichts entstanden und unter den denkbar ungünstigsten Umständen in verhältnismäßig wenigen Jahren zu einer Handelsflotte herangewachsen, die bereits wieder ein beachtenswerter Faktor in der Weltwirtschaft sei. Nach Beendigung der auf den Westfront liegenden Neubauten werde die deutsche Handelsflotte wieder nahezu 4 Millionen Brutto-Register-Tons umfassen gegen 5,4 vor dem Kriege. An den Wiederaufbau reiße sich die Konzentration der verschiedenen Linien und die Rationalisierung. Durch die zahlreichen Neuerungen habe Deutschland anderen Staaten vieles voraus. Deutschlands Handelsflottenschiffahrt sei gegenwärtig wieder berart reorganisiert, daß ihre Linien aufs neue beginnen könnten, den ganzen Erdball zu umspannen und alle nur irgendwo in Frage kommenden Handelsplätze zu umfassen.

Dr. Wirth kommt auf die Reichsliste des Zentrums

In einer Versammlung am Mittwoch nachmittag, die der Parteivorstand des Reichstanzlers Dr. Marx, mit den Führern des Parteivorstandes in Berlin abhielt, ergab sich, wie die Zentrumspresse meldet, völlige Einmütigkeit in dem Willen, den Wahlkampf in größter Geschlossenheit durchzuführen.

Dr. Wirth nahm bei dieser Besprechung Gelegenheit, die Beweggründe darzulegen, die sein von der Reichstagsfraktion abweichendes Verhalten in den letzten Jahren bestimmt hatten und betonte, daß seine politische Einstellung der Sorge entsprungen sei, es möchte die deutsche Demokratie dem Geiste untreu werden, der die Arbeit von Weimar befehlt habe. Es fand eine eingehende Aussprache allgemeiner Art statt. Der Parteivorstand Dr. Marx war auch der derzeitige Führer der Reichstagsfraktion, Dr. Stegerwald, stellten mit Genugtuung fest, daß die Versicherung Dr. Wirths, seine weitere politische Wirksamkeit innerhalb der Partei und Fraktion zu betätigen, die Reihen im Kampfe für die Wahlen völlig geschlossen habe. Die Anwesenden kamen überein, dem Reichstagsparteivorstand die Aufstellung Dr. Wirths als Kandidat auf der Reichsliste zu empfehlen.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Auch in der ersten Märzhälfte ist die Arbeitslosigkeit nur in dem gleichen geringen Umfange zurückgegangen, wie in den vorhergehenden Wochen; dies dürfte in der Hauptsache auf die kalte Witterung zurückzuführen sein, die bis Mitte März angehalten hat. In der Arbeitslosenversicherung betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. März 1928 rund 1 200 000, gegenüber 1 237 500 zu Anfang des Monats; sie hat also um rund 37 500 oder um 3 Prozent abgenommen. Der Rückgang machte bei den männlichen Arbeitslosen 3,3 Prozent, bei den weiblichen dagegen nur 1,1 Prozent aus. Die Krisenfürsorge zeigte für den gleichen Zeitraum nur einen geringen Rückgang von 1,2 Prozent (rund 212 300 Hauptunterstützungsempfänger am 15. März, gegenüber 215 000 am 1. März 1928). Die Zahl der Hilfsarbeiter hat in dem Berichtszeitraum wieder um 4,5 Prozent zugenommen, und betrug am 15. März insgesamt rund 70 800. Davon entfielen auf Personen, die in der Arbeitslosenversicherung unterstützt worden sind, 53 800, auf solche aus der Krisenfürsorge 17 000.

Generalkonful v. Lewinski ist von New York nach Deutschland abgereist, um Besprechungen über die Durchführung des Freigabegesetzes zu führen.

Die Differenzen im Buchdruckgewerbe. Obwohl die Bezirksversammlungen der Berliner Buchdrucker sich am Montag geschlossen für die Aufrechterhaltung der Kündigungen und Eintritt in den Streik entschieden hatten, gelang es am Mittwoch in der Generalversammlung der Berliner Bezirksleitung des Vereins der Buchdrucker und Schriftsetzer die Mitgliedschaft zu veranlassen, die Kündigungen zurückzunehmen, und damit den Buchdruckerstreik für Berlin zu vermeiden. — Dagegen haben die Münchener Buchdrucker mit großer Mehrheit den Eintritt in den Streik am Freitag Mitternacht beschlossen, ebenso wollen die Buchdrucker in Königsberg in Ostpreußen am Samstag in den Streik treten.

Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 28. März

Im weiteren Verlauf der Debatte zum

Gaushalt der Finanzverwaltung

gibt, wie bereits gemeldet, Abg. Dietrich-Baden (Dem.) für seine Fraktion eine Erklärung ab, daß diese diesmal nicht in der Lage sei, für den Etat zu stimmen. Die größte Sorge bereite der Fraktion die Fortsetzung der verwaltungsmäßig und wirtschaftlich untragbaren Verhältnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Die Länder sind zu einer Ausgabenpolitik verleitet worden, die in dem Augenblick katastrophal werden muß, in welchem infolge veränderter Wirtschaftslage die Steuereinnahmen des Reiches zurückgehen. Die Finanzpolitik habe sich unter dem gegenwärtigen Finanzminister mehr und mehr in bürokratisch-fiskalische Bahnen verlegt. Unhaltbare Zustände seien dadurch herbeigeführt worden, daß nach dem Zusammenbruch der Koalition der Etat noch durch einen schwerwiegenden Ergänzungsetat erweitert wurde.

Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) erklärt, die Volkspartei sei sich bewußt, daß sie mit der Zustimmung zum Etat eine große Verantwortung übernehme. An der Spitze der Finanzpolitik müsse jetzt der Grundsatz stehen, die Steuerkraft der Wirtschaft zu schonen.

Reichsfinanzminister Dr. Müller erklärt sich einverstanden mit den Ausführanträgen, die eine solide Finanzwirtschaft und klare Staatsverhältnisse verlangen. Es komme weniger auf Paragraphenbestimmungen über die Zuständigkeit an als auf die Gesinnung, mit der das Parlament seine Ausgabenwirtschaft treibe. Von einer verschwenderrischen Wirtschaft könne nicht gesprochen werden. Der Notetat des Reiches sei vielmehr wesentlich herabgesetzt worden. Das Steuervereinfachungsgesetz sei nur wegen des vorzeitigen Auseinandergehens des Reichstages nicht verabschiedet worden. Der Grundsatz der Sparsamkeit darf auch bei der Aufnahme von Anleihen nicht verlassen werden. Von dem Bewußtsein der Verantwortung für die Reichsregierung auch bei ihren Entscheidungen die Verantwortung getragen. Die Prüfung ist soweit fortgeschritten, daß wir binnen kurzem mit ihrem Abschluß rechnen können. Dann wird die endgültige Entscheidung über das als berechtigt anzuerkennende Maß der Anleihen sowie über Art und Formen ausgesprochen werden, in denen die Verhandlungen freigegeben werden können. Dabei wird geprüft werden, für welchen angemessenen Zeitraum der Bedarf der öffentlichen Körperschaften an Anleihen als Gesetz angesehen werden kann.

Der Gaushalt wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen.

Angenommen werden auch die Entschliessungen des Haushaltsausschusses.

Zum Gaushalt des Reichstages wird der Vorstandsantrag angenommen, den Zuschuß zur Reichstagsverwaltung von 35 000 auf 80 000 RM zu erhöhen, um die Weiterbeschäftigung der Helfer auch in der parlamentsfreien Zeit zu ermöglichen.

Angenommen wird weiter das Haushaltsgesetz, das gewisse Störungen der Stellung des Reichsfinanzministers bringt.

Sierauf wird ohne Aussprache der Ergänzungsetat mit dem Teile des Notprogramms angenommen, der 25 Millionen für die landwirtschaftlichen Genossenschaften einsetzt.

Es folgt die zweite Beratung der zum Notprogramm gehörenden Novelle zum

Gesetz über die Rentenbankkreditanstalt.

Abg. Hörnsle (Komm.) bekämpft die Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die nur von den Großagariern beherrscht werde.

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.) stimmt der Vorlage zu und erklärt sich auch einverstanden mit einem Antrag Thomsen (D.), wonach die Beteiligung an der Preußenkasse 5 Proz. nicht übersteigen darf.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg (D.) tritt für die Vorlage ein und empfiehlt den Antrag Thomsen. Der Antrag Thomsen wird angenommen, darauf die Gesamtvorlage.

In allen drei Lesungen wird ein Initiativgesetzentwurf angenommen, wonach für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms ein 25gliedriger Reichstagsausschuß eingesetzt wird, der das Recht erhalten soll, seine Tätigkeit bis zum Zusammentreten des neuen Reichstages durchzuführen. Die Schlussabstimmung wird später stattfinden, da eine verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit festgestellt werden muß.

Um 13 1/2 Uhr wird die Sitzung bis 16 Uhr ausgesetzt.

Abstimmungen

Um 16 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Die Novelle zur Deutschen Rentenbankkreditanstalt wird ohne Aussprache in dritter Beratung bis zum zweiten Artikel angenommen. Die weitere Beratung wird vertagt, weil in dem zweiten Artikel noch der Termin des Inkrafttretens des ganzen Notprogramms hineingearbeitet werden soll, so daß das sog. Mantelgesetz vom Notprogramm überflüssig wird.

Angenommen wird der Antrag Thomsen (D.) über die Beteiligung an der Preußenkasse.

In namentlicher Abstimmung wird mit 368 gegen 5 Stimmen die Einsetzung des 25gliedrigen Ausschusses beschlossen, der bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms überwachen soll. Die namentliche Abstimmung war, wie Präsident Löbe bemerkt, notwendig, um festzustellen, ob die für verfassungsmäßige Gesetze erforderliche qualifizierte Mehrheit erreicht ist.

Die darauf aus gleichem Grunde namentlich vorgenommene Schlussabstimmung über das Überleitungsrecht zur Strafrechtsreform ergibt die Annahme dieses Gesetzes mit 344 gegen 86 Stimmen, also mit der notwendigen Mehrheit.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Um 16 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 13 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite und dritte Beratung des Antrages auf Änderung des Tabaksteuergesetzes, die dritte Beratung des Gesetzes über Schutzpatente und Munition, die dritte Beratung des Etats für 1928 und die dritte Beratung des Nachtragsetats für 1927.

Ein kommunistischer Antrag, auch die Amnestiefrage auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Der Ältestenrat des Reichstages traf am Mittwoch die Dispositionen für die Schlusstage. Am heutigen Donnerstag soll mit der dritten Lesung des Etats begonnen werden, wobei noch eine allgemeine Etatsdebatte und eine allgemeine politische Aussprache zu erwarten sind. Ob auch die Fragen der Amnestie, der Ehegerichtsreform und des Gesetzes zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten zur Erledigung kommen werden, hat der Ältestenrat nicht entschieden, das wird vielmehr erst vom Plenum bestimmt werden. Nach dem Abschluß der dritten Etatsberatung am Freitag soll eine Pause eintreten, um dem Reichsrat Zeit zur Stellungnahme zum Etat zu geben. Nach der Entscheidung des Reichsrates wird der Reichstag in einer besonderen Schlussitzung am Freitag eventuell erst am Samstag aufgelöst werden.

Die „Royal-Dat“-Angelegenheit

W.B. Gibraltar, 29. März. (Tel.) Zu der bevorstehenden kriegsgerichtlichen Untersuchung der „Royal-Dat“-Angelegenheit wird mitgeteilt, daß Kapitän Dewar und Kommandeur Daniel wegen Verletzung der militärischen Disziplin unter Anklage gestellt sind. Die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen sehen bei ausgesprochenen Fällen von Disziplinwidrigkeit die Entlassung aus dem Dienst vor. Daniel wird in der Anklage zum Vorwurf gemacht, daß er an den mitangeklagten Kapitän Dewar ein Schreiben gerichtet hat, in dem verschiedene Befehle usw. des Kontradmiraals Colvard kritisiert werden. Dewar wird beschuldigt, diesen Brief dem Admiral des ersten Linienflottenschwaders zugeleitet zu haben.

Kurze Nachrichten

Graf Bernstorff, der Führer der deutschen Abrüstungsdelegation, ist heute, Donnerstag, vormittag von Genf nach Berlin zurückgekehrt.

Aber das Bestehen des Präsidenten des Preussischen Landtages, Bartels, am heutigen Donnerstag vormittag wird von den behandelnden Ärzten mitgeteilt: „Die seit gestern eingetretene Besserung hält an. Die Herztätigkeit hat sich gebessert, jedoch muß gesagt werden, daß sich der Patient noch nicht außer Lebensgefahr befindet.“

Kein Ausschluß Kunges. Der Berliner Stadtverordnete Richard Kunge, über dessen Ausschluß aus der deutschsozialen Partei kürzlich berichtet wurde, teilt der „Deutschen Zeitung“ mit, daß die Meldung unzutreffend sei. Sie stamme von einer Gruppe ehemaliger Parteimitglieder, die im vergangenen Herbst von der Reichsführerschaft der deutschsozialen Partei ordnungsgemäß aus der Partei ausgeschlossen worden sei.

Keine Wahlreden im Reichstag. Das Reichskabinett hat Berliner Blättern zufolge beschlossen, daß keinerlei Wahlreden durch Mundfunk verbreitet werden dürfen.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks und der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag werden sich gegen die Aufstellung besonderer Handwerkerlisten bei den kommenden Wahlen.

Um die Aufhebung des Fahrzwanges für die Schweiz. Nach der Basler „Arbeiterzeitung“ hat das Departement des Innern dem Regierungsrat von Basel den Antrag gestellt, er möge sich beim Bundesrat für die Aufhebung des Fahrzwanges für Personen verwenden, die nicht wegen Arbeitsaufnahme einreisen. Die Regierung habe grundsätzlich zugestimmt, das Polizeidepartement aber zur Mitarbeit eingeladen.

Die Parteigruppierung in Polen. Die in Lodz auf den polnisch-sozialistischen Witten gewählten zwei deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben beschlossen, einen eigenen Klub zu bilden und sich nicht der deutschen Vereinigung anzuschließen.

Studentenstreik in Madrid. Da der größere Teil der Studenten der Universität Madrid den Vorlesungen ferngeblieben ist, hat der Disziplinarrat beschlossen, den gesamten Vorlesungsbetrieb auf fünf Tage einzustellen.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Mannheim hielt am Mittwoch die letzte Sitzung unter dem Vorsitz des aus dem Amte scheidenden Oberbürgermeisters Dr. Kuger ab. Da angefaßt der erheblichen Kosten des Neubaus einer Handelshochschule Bedenken laut geworden sind, hat der Stadtrat beschlossen, zur Erhaltung der Notwendigkeit des Baues noch weitere Gutachten, insbesondere des Senats und des Kuratoriums, einzuholen und bis dahin die Vorlage zurückzustellen. Da die Platzfrage des Baues einer Oberrealschule mit dem Projekt der Handelshochschule in Zusammenhang steht, wurde auch diese Vorlage einstweilen zurückgezogen. Der Bürgerausschuß hatte sich also nur mit dem Plan des Neubaus einer Fortbildungsschule für Mädchen an der Weber- und Hugo-Wolf-Strasse zu befassen, der auf 1 737 000 Reichsmark zu stehen kommt. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen. Danach beschloß man, ebenfalls mit großer Mehrheit, eine Änderung der Geschäftsordnung, die bezweckt, die Rechtslage hinsichtlich des Einflusses des Bürgerausschusses endgültig zu klären. — Um den Wohnungsbau nach Möglichkeit zu fördern, will die Stadt Bürgerhaft und Ausbaugegarantie bis zur Höhe von 10 Millionen Reichsmark für von Bauherren bei Dritten angenommene, hypothekarisch gesicherte Darlehen übernehmen. Diese Vorlage fand Annahme. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen konnte die Sitzung geschlossen werden.

Von der Sparkasse Ettlingen. Ende Dezember 1927 betrug die Summe der reinen Spareinlagen 1 480 000 RM und die Zahl der Sparbücher 3960. Im Januar und Februar 1928 allein wurden an reinen Spareinlagen 200 000 RM eingezahlt und 160 neue Sparbücher ausgegeben. An benötigte Sparer wurden bis jetzt im ganzen 102 000 RM für aufgewertete Spargelder ausbezahlt.

Erweiterung des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes in Heidelberg. Der Stadtrat Heidelberg hat die Erstellung neuer Werkstätten und Magazinengebäude für die städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes mit einem aus Anleiheemitteln zu befreitenden Aufwand von 440 000 RM beschlossen.

Verschiedenes

Zugunglück bei Frankfurt a. M.

W.B. Frankfurt a. M. (Tel.) Die Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. teilt mit: Heute vormittag 4.51 Uhr fuhr im Bahnhof Eppertshausen an der Strecke Offenbach-Diesburg infolge falscher Weichenstellung der von Offenbach kommende Personenzug Nr. 3600 auf den im Bahnhof Eppertshausen stehenden Personenzug Nr. 3905, der von Dieburg nach Offenbach fährt, auf. Es wurden 21 Personen verletzt, darunter drei schwer. Unter den Schwerverletzten befindet sich ein Lokomotivführer.

Kaufbare Doktoritel gegen Klatsch

Einer großen Titelschwindelei ist die Leipziger Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Es handelt sich um die Verleihung von Ehrendoktorat und um die Erneuerung zum Konful. Ein gewisser Dr. Albers verlangte für die Erneuerung zum Konful 20—25 000 Reichsmark; für einen Dokortitel sollte man 6—10 000 Reichsmark bezahlen. Es läme eine belgische und eine italienische Universität in Frage, vorzugsweise der Dr. phil. und der Dr. rer. pol. Die italienische Universität sei etwas teurer, die belgische billiger, und gestalte außerdem eine Teilzahlung in zwei Raten. Verschiedene Leipziger Einwohner, darunter bekannte Persönlichkeiten, denen an der Erlangung eines Titels gelegen war, sind von Albers um erhebliche Beträge getäuscht worden. Jedoch war auch aus anderen Teilen Deutschlands seine Kundtschaft ziemlich groß.

Badischer Teil

Badischer Landtag

21. Sitzung.

23. Karlsruhe, 28. März.

In der Nachmittags-Sitzung steht zunächst ein Antrag (Komm.) betr.

Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

zur Beratung. Es wird darin verlangt, daß die Arbeitslosenunterstützung mit dem Tage der Arbeitslosenmeldung gewährt wird, und alle nach § 110 Abs. 3 ergangenen Erlasse und Verfügungen aufgehoben werden.

Der Berichterstatter Abg. Graf (Soz.) beschäftigt sich mit der einmütigen Reichsgesetzgebung und bemerkt, die bei uns auf drei Tage verkürzte Karenzzeit habe befriedigende Verhältnisse geschaffen. Sie völlig zu beseitigen, würde zu weit gehen. Es sei Sache des Verwaltungsrats der Reichsanstalt, etwaige Härten zu lindern. Das in Frage kommende Gesetz sei trotz aller Schönheitsfehler gegenüber der Vorkriegszeit als ein wesentlicher Fortschritt anzuerkennen; es müsse erst erprobt werden, ehe man an eine Änderung herantritt. Der kommunistische Antrag sei praktisch ohne Belang und daher abzulehnen.

Abg. Bod (Komm.) vertritt den Standpunkt, daß man den Arbeitslosen keinen Tag ohne Unterstützung lassen dürfe. Er habe darauf einen Rechtsanspruch.

Abg. Margloff (Soz.) bemerkt, bei der jetzigen Zusammenfassung der Reichsregierung hätte ein Antrag, wie der des Abg. Bod, wenig Aussicht auf Erfolg. Im übrigen betrachte die Sozialdemokratie die Arbeitslosenversicherung nur als einen Anfang.

Abg. Eichenlaub (Zentr.) führt aus, es gebe dringendere Dinge, als die Karenzzeit. Die Kommunisten möchten zuerst dafür sorgen, daß in Rußland eine Fürsorge wie in Deutschland Platz griffe. Den kommunistischen Agitationsantrag lehne das Zentrum ab.

Abg. Bod (Komm.) wandte sich gegen eine ungerechte Kritik sozialistischer Verhältnisse. Die kommunistische Partei habe dort in kultureller und sozialer Hebung der Arbeiterschaft das Menschenmögliche getan.

Der Ausschussantrag wird darauf angenommen und damit dem Antrag Bod die Zustimmung verweigert.

Abg. Dr. Oßischer (D. Rp.) berichtet über

ein Gesuch des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten zum Strafvollzugsgesetz. Darin werden auch die Länderparlamente gebeten, darauf hinzuwirken, daß in den Gesetzentwurf über den Strafvollzug auch die sog. Reichsratsgrundsätze aufgenommen werden. Diese beziehen sich auf vertiefte und umfassende Ausbildung der Strafanstaltsbeamten bei Ausübung ihres Berufes. Von Regierungsseite war im Ausschuss erklärt worden, daß die Forderungen der Strafanstaltsbeamten im wesentlichen der badischen Praxis entsprächen. Die Regierung hat sich im Sinne des Gesuches betätigt. Dem Vorschlag des Berichterstatters, das Gesuch der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, wird zugestimmt.

Für das verstorbene ehrenamtliche Mitglied des Finanzgerichts, Hofkämmerer Josef Wörffig in Achern schlägt das Zentrum als Nachfolger den Maschinenfabrikanten Karl Stölzer in Achern vor. Das Haus macht keine Einwendung.

Es folgt die Erledigung einer Reihe von

Gesuchen persönlicher Natur, die längere Zeit in Anspruch nimmt, da auf Verlangen der Kommunisten, entgegen der früheren Übung, in jedem einzelnen Falle Bericht erstattet werden mußte.

Im Zusammenhang mit dem Gesuch eines Wagenrevidenten um Wiederverwendung oder Ruhegehalt, machte der Abg. Schreck (Komm.) eine Anspielung nach der Richtung, daß auch vorgelegte Beamte mißfällig wären an den seinerzeitigen Verordnungen auf dem Mannheimer Güterbahnhofe.

Abg. Seubert (Zentr.) fordert den Abg. Schreck auf, seine Vorwürfe gegen höhere Beamte außerhalb des Hauses zu wiederholen, damit sie den Klagenweg beschreiten können, und Abg. Schreck die Möglichkeit habe, seine Behauptungen auch unter Beweis zu stellen. — Im übrigen pflichtet das Haus reiflich dem Ausschussbeschlüssen bei.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Präsident erhält die Ermächtigung, den Termin der nächsten Sitzung festzusetzen. — Schluß halb 6 Uhr.

Die Wasserstraßenpolitik Hollands u. Belgiens und die Ruhrkohle

Zu dem kürzlich wiedergegebenen Artikel, der vom Standpunkt der Ruhrkohlenproduktion aus diese Frage erörterte und u. a. die Kohlenstraßen behandelte, schreibt uns die Reichsbahndirektion Karlsruhe:

Der Artikel gibt die Wasserfracht von Holland (Rotterdam) für 570 km bis Mannheim mit 220 M an. Demgegenüber stellen wir fest, daß die im sog. Oberbeinungsgebiet enthaltene Kohlenfracht für die Wasserstraßenstrecke von 350 km Duisburg-Mannheim 325 M beträgt, das also die 220 km weitere Strecke ab Rotterdam mit einer erheblich geringeren Wasserfracht belastet ist als die Ruhrkohlenstrecke.

Abgesehen von dieser Feststellung über den Unterschied bei den Wasserfrachten geht zuungunsten der deutschen Rheinstraße jedoch aus dem Artikel selbst weiter hervor, daß auf der holländischen Kohle an Gesamtfracht (Eisenbahn und Schiff) 3,50 + 2,20 = 5,70 M, auf der Ruhrkohle aber nur 1,95 + 3,25 = 5,20 M liegen. Also selbst bei Einschlag der hohen deutschen Wasserfracht von 325 M bleibt fruchtlich der Ruhrkohle noch ein Vorsprung von 50 Pf bis Mannheim. Diese Feststellung beweist demnach weiter, daß die holländische Kohle überhaupt nicht durch Frachtvorsprung, sondern durch Preisvorsprung ihr Eindringen in den süddeutschen Kohlenmarkt erreicht haben muß.

Alles in allem lassen die Ausführungen des Artikels erkennen, daß die Reichsbahn in diese Frage zu Unrecht hineingezogen ist, denn die Anpassung der Schiffsfahrt ab Duisburg an die der bedeutend längeren Strecke ab Rotterdam ist ebenförmig Aufgabe der Reichsbahn wie die Anpassung der Kohlenpreise für Ruhrkohle an jene der holländischen Kohle.

Fortschritte in der Redarkanalisation

23. Heidelberg, 29. März. Die Tiefbauarbeiten an der Staustufe Heidelberg haben in den letzten Wochen ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Viel dazu beigetragen hat die verhältnismäßig günstige Witterung, die es vor allem erlaubt, die Betonierungsarbeiten flott durchzuführen, ohne durch den Frost geschädigt zu werden. Die Schleusenböden sind zum Teil fast fertig, auch die Kammermauern wachsen zusehends. Auch die übrigen Schleusenböden lassen gute Fortschritte erkennen. Inzwischen sind auch die letzten Sprengungen in Angriff genommen worden, um ein einwandfreies Fahrwasser zu schaffen.

Landeseisenbahnrat

Am Mittwoch, den 28. März, hat bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe die 7. Sitzung des Landeseisenbahnrats stattgefunden. Zunächst gab der Vorsitzende, Reichsbahndirektionspräsident Frhr. v. Heß, einen Überblick über die finanzielle Lage der Deutschen Reichsbahn. Darauf wurde folgende Tagesordnung erledigt: 1. Entwurf für den Jahresfahrplan 1928/29; 2. Wichtigere Maßnahmen im Personenverkehr; 3. Wichtigere Maßnahmen im Güterverkehr.

Die Laubstummelanstalt Heidelberg

Aus dem nun zum 26. Male erscheinenden Jahresbericht der Laubstummelanstalt Heidelberg ist zu entnehmen, daß sie bei Schuljahrsschluss 106 Schüler zählte, von denen 99 Internatszöglinge sind. Die gehörlosen Kinder werden in 12 Klassen unterrichtet. Nach Informationen der Anstalt soll der Gesellentwurf zur Erweiterung der Schulpflicht nicht vollstündiger Kinder auf 9 Volljahre und eine geordnete Fortbildung dem Landtag in nächster Zeit zugehen. Das 9. Schuljahr kann in den drei badischen Staatsanstalten ohne weiteres angegliedert werden. Das neue Schuljahr beginnt am 28. April.

Lohnbewegungen in Baden

Gescheiterte Lohnverhandlungen. Die vor der Handelskammer in Karlsruhe stattgefundenen Lohnverhandlungen für die badische Papierindustrie sind ergebnislos verlaufen. Die tarifliche Schiedsstelle kam auch zu keinem Ergebnis und es wird nun das Tarifamt für die Papierindustrie in Berlin zur Entscheidung angerufen werden.

Ende des Tarifstreits in der oberbadischen Metallindustrie. In der am Mittwoch vor dem Landespräsidenten, Landrat Stehle, in Karlsruhe stattgefundenen Verhandlung kam über die strittigen Punkte des Freiburger Schiedspruches vom 18. März zwischen den Parteien eine Einigung zustande. Im übrigen wurde der Schiedspruch von sämtlichen Parteien als bindend anerkannt. Der Tarifstreit ist damit beendet.

Aus der Landeshauptstadt

70. Geburtstag von Rechtsanwalt Friedrich Weill. Rechtsanwalt und Altstadtrat Dr. Friedrich Weill begeht am 30. März die Vollendung seines 70. Lebensjahres. Er hat eine große Rolle im politischen und kommunalpolitischen Leben Badens und seiner Heimatstadt Karlsruhe gespielt. Friedrich Weill war eine Reihe von Jahren hindurch Mitglied des Badischen Landtags und gehörte der Kommission zur Schaffung der neuen badischen Verfassung als Mitglied der Deutsch-freijünglichen und späteren Demokratischen Partei an. Er war auch lange Zeit Stadtverordneter und Stadtrat von Karlsruhe, und hat sich große Verdienste um die Entwicklung des Gemeindelebens, besonders auch in kultureller Beziehung erworben. Seinen engeren Kollegen, den badischen Anwälten, stand er besonders nahe durch seine langjährige Mitgliedschaft des Kammervorstandes. Vor kurzem wurde er durch den Tod seiner Gattin in große Trauer verwickelt. Er verbringt seinen 70. Geburtstag fernab der Heimat.

Ehrungen der Technischen Hochschule Karlsruhe. Rektor und Senat der Technischen Hochschule in Karlsruhe haben die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber verliehen auf Antrag der Abteilung für Maschinenwesen: dem Generaldirektor Dipl.-Ing. Ernst Köhling in Mannheim, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste als Führer der größten badischen Maschinenfabrik in schwerer Zeit; auf Antrag der Abteilung für Chemie: dem Ing. Emil Heilmann, Direktor der Deutschen Solvay-Werke in Vernberg, in Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste um die technische und wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Sodaindustrie.

Todesfälle. Die Chemisch-technische Prüfungs- und Versuchsanstalt an der Technischen Hochschule hat einen schweren Verlust zu beklagen. Oberregierungsrat Prof. Dr. Eberhard Müller, geboren am 22. Juni 1864 in Trübingen, ist unerwartet schnell durch den Tod abberufen worden. — Auch eine andere, weit bekannte Persönlichkeit, Rechnungsdirektor a. D. Friedrich Diehm, ist im Alter von 71 Jahren aus dem Leben geschieden. Diehm stand lange Jahre im Dienste des Evangelischen Oberkirchenrats. Er hat sich durch seine karlsruher Rundfunkvorträge einen Namen gemacht.

Der 109er-Tag in Karlsruhe. — 125jähriges Regimentsjubiläum der badischen Leibgrenadiere. In der Zeit vom 2. bis 4. Juni d. J. werden alle ehemaligen Angehörigen des badischen Leibgrenadierregiments 109 zu einer Feier kommen. Der 109er-Tag erhält dieses Mal ein besonderes Interesse durch die mit der kameradschaftlichen Zusammenkunft verbundenen Feier des 125jährigen Bestehens des badischen Leibgrenadierregiments. Eingeleitet werden die Festtage mit einem großen Konzert am 1. Juni in der Stadt. Festhalle unter Leitung von Obermusikmeister Benzenagen. Der Reinertrag dieses Konzerts geht zugunsten des Paterfriedhofes der badischen Leibgrenadiere in Bens in Nordfrankreich. Am Samstagabend ist eine Gefallenengedenkfeier am 109er-Denkmal vor der Hauptpost geplant. Anschließend an diese Gedächtnisfeier ist großer militärischer Zapfenstreich unter Mitwirkung von 4 Reichswachregimenten. Nach dem Zapfenstreich Begrüßungsabend in der Stadt. Ausstellungshalle. Der Haupttag, Sonntag, 3. Juni, wird eingeleitet mit Gottesdiensten in den Kirchen der Stadt. Nach diesen erfolgt die Auffstellung zum Festzug am Durlacher Tor, wobei mit einer Teilnehmerzahl von 15 000 ehemaligen Regimentsangehörigen gerechnet wird.

20 Jahre badische Leichtathletik. Der Badische Landesverband für Leichtathletik e. V. gibt soeben sein Jahrbuch 1927/28 heraus, das gleichzeitig einen geschichtlichen Rückblick über 20 Jahre badischer Leichtathletik enthält.

Das Kunsthause Böhle-Verlag (Badewerthaus) veranstaltet eine Dürerausstellung. Im wesentlichen enthält der Bestand der Ausstellung die (meist farbigen) Wiedergaben der „Albertina“ (Wien), sowie die sich auf Graphische erstreckenden Holzschnitte und Kupferstiche der „Reichsdruckerei“, außerdem Ritzdrucke, Brudmann-Nachbildungen und die schöne Folge der Ackermann-Karten usw. In den wunderbaren Nachbildungen der Albertina finden wir aquarellierte und einfarbige Zeichnungen und Naturstudien aus Dürers Hand, wie sie in der Wiener Sammlung in einer unergleichlichen Auswahl gesammelt sind. Der Schloßhof I und II, der alte Mann, das Grasbüschel, der Hase, die Eichenröhren usw. — alles von jener überragend großen Künstlerkraft dargeboten. Zur Ergänzung bringen die Reichsdrucke die Folgen der Holzschnitte (Apokalypse, Marienleben, die Passionen) und der Kupferstiche ebenfalls in so trefflicher Weise, daß sie die heute schwer zu findenden Originalabzüge vollwertig ersetzen: die drei Meisterblätter (Mitter, Tod und Keufel, Melancholie) und der Hieronymus i. Gehäus), die Madonna, die Bauern- und Heiligenblätter usw. Brudmann bringt die Apokalypse und Wierden Dresdener Altar in farbigen Wiedergaben — kurz, das gesamte Werk Dürers kann in den wichtigsten Offenbarungen seines Genies studiert werden.

Ein Sommertagszug in Karlsruhe. Dem Verkehrsverein Karlsruhe ist es im Benehmen mit der Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine gelungen, für den 13. Mai d. J. die erstmalige Durchführung eines Sommertagszuges in der Landeshauptstadt zu sichern.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Gestern war es in Baden vielfach trübe. Zeitweise brachten leichte Niederschläge mäßige Regenmengen. Der über Jeland liegende Wirbel hat sich seit gestern noch vertieft. Heute früh erstreckt sich ein breites Regenfeld von seinem Zentrum von Schottland bis zu den Pyrenäen. Wir erwarten daher für morgen Fortdauer des trüben regnerischen Wetters. Wetterausichten für Freitag, 30. März: Meist trüb mit Regenfällen, Temperaturen wenig verändert, Südwestwinde.

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Baden-Baden, 28. März. Heute mittag gegen 11 Uhr ereignete sich hier wieder ein schweres Unglück mit einem Traktor, das zweite in kurzer Zeitpanne. Ein Traktor kleineren Formats fuhr mit einem mit Sand schwerbeladenen Anhänger die Barnhalter Straße zwischen dem Schotterwerk und dem Korbmatfelsenhof herab, geriet durch irgendeinen Umstand an den Rand der Straße und stürzte, sich dreimal umschlagend, die hohe Böschung hinab. Der Führer des Traktors war auf der Stelle tot, während der Besitzer der Fahrzeug, namens Gerold, der auf dem Anhänger war, mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht werden mußte.

23. Frankenthal, 29. März. In fast siebenstündigem Plaidoyer ging im Wagner-Prozess der zweite Verteidiger Wagners, Justizrat Schulz (Frankenthal), auf die Anklage ein, die trotz der 2000 Seiten Akten gegen 14 Angeklagte auf schwachen Untergrund ruhe. Der Verteidiger beantragte in allen Punkten die Freisprechung Wagners und ebenso seines Mandanten Wiberich, Justizrat Dr. Venzfeld (Halle) plaidierte für den Freispruch Schönbergers.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	29. März		28. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.22	168.56	168.54	168.20
Kopenhagen 100 Kr.	111.96	112.18	111.95	112.17
Italien . . . 100 L.	22.065	22.105	22.075	22.115
London . . . 1 Pf.	20.389	20.429	20.392	20.432
New York . . . 1 D.	4.1775	4.1855	4.1770	4.1850
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.46	80.62	80.485	80.645
Wien 100 Schilling	58.79	58.91	58.76	58.88
Prag . . . 100 Kr.	12.377	12.397	12.377	12.397

Maschinenfabrik Grigner A.-G., Durlach. In der 42. ordentlichen Generalversammlung wurden alle Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt und die Dividende auf 11 Bk. = 33 M pro Stammaktie festgesetzt. Das aus dem Aufsichtsrat satzungsgemäß ausscheidende Mitglied, Kommerzienrat Dr. Carl Jahr, Mannheim, wurde wiedergewählt. Das erste Quartal weist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres einen erhöhten Umsatz auf. — Der Bericht des Vorstandes sagt aus, daß die im letzten Geschäftsbericht angekündigte Belebung des Geschäftes sich erfreulicherweise auf das neue Jahr übertragen und angehalten hat, so daß der größte Teil der im Krisenjahre 1926 abgebauten Arbeiter wieder eingestellt werden konnte. Der Umsatz hat sich in allen Abteilungen gesteigert. Die Preise für Fahrräder lassen zu wünschen übrig. Die Konkurrenz ist im Inland außerordentlich stark. Im Ausland sind es neben den Zollverhältnissen die ausländischen Fabriken, welche das Geschäft in deutschen Rädern sehr erschweren. Das befriedigende Resultat ist hauptsächlich auf die rationelle Ausnutzung der Einrichtung zurückzuführen. Mit der Deutschen Rädermaschinenfabrik von Jof. Wertheim A.-G., Frankfurt a. M. ist man in Beziehungen getreten. Es handelt sich um eine technische Konzentration zum Zweck der Rationalisierung, die an der Selbständigkeit der beiden Unternehmen nichts ändert.

Die Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft zu Berlin legt, wie aus dem Interzenteil ersichtlich, bis zum 14. April 1928: 10 000 000 M. Proz. Central-Goldpfandbriefe vom Jahre 1927 zur öffentlichen Zeichnung auf. Diese bilden einen Teilbetrag der neuen Emission, welche an der Börse von Berlin im Gesamtbetrag von 40 000 000 M. zugelassen ist und bereits amtlich notiert wird. Die Tilgung der gesamten Anleihe muß bis 1. April 1965 beendet sein. Von der Reichsbank werden die Pfandbriefe in Klasse A beliehen. Sie sind auszufertigen in Abschnitten zu 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 M.; die Pfandbriefe sind halbjährlich zahlbar, der zunächst fällige am 1. Oktober 1928. Der Zeichnungsskurs ist auf 98 Prozent festgesetzt. Die Abnahme der zugekauften Stücke kann nach Wahl der Zeichner sofort oder bis Ende April erfolgen. Zeichnungstellen sind an allen Börsenplätzen und mehreren anderen Orten eingerichtet.

Staatsanzeiger

Am Samstag, den 7. April, fallen auf den Strecken Mühlader-Pforzheim-Wilferdingen, St. Georgen (Schn.)-Willingen-Donaueschingen und Willingen-Dürheim wegen Arbeitsruhe in den industriellen Betrieben einige hauptsächlich dem Arbeiterverkehr dienende Züge aus.

Dagegen sind bei anderen Zügen weitere Zughalte vorgesehen worden.

Das Nähere ist aus den Anschlägen an den Fahrkartenschaltern ersichtlich.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern planmäßig ange stellt als Bauinspektoren: Bartholomä Schwab in Heidelberg, Otto Stud in Emmendingen, Franz Sales Kohler in Bühlertal, Franz Weigel in Lörrach, August Köhler in Freiburg, bei der Gebäudewerksamkeit in Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Zurückgenommen: Die Versetzung des Handelslehrers Dr. Julius Sedlitz von Heidelberg nach Pforzheim.

Emeritieren auf Ansuchen: Der ordentliche Professor für römisches und deutsches bürgerliches Recht Dr. Otto Gradenwitz an der Universität Heidelberg mit Wirkung vom 4. Oktober 1928 an.

Staatslotterie
31./257. Preußisch-Süddeutsche
Klassenlotterie

750 000 Lose — 307 000 Gewinne und 2 Prämien
Rund 41 % Gewinne

Höchste Gewinnmöglichkeit auf eine Losnummer:
2 Millionen Reichsmark
Kleinsten Einsatz: 3 RM.

Auskunft (ohne Kaufzwang) und Loseverkauf
bei der

Staatlichen Lotterie-Einnahme
Frhr. v. Teuffel

(Nachfolger des Herrn Oberstlt. von Gersdorff) 424
Fernsprecher 990 — **Stefanienstr. 28** (Münzgebäude), Karlsruhe

Von der Reise zurück
Dr. med. Simon

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden
Lichtbehandlung 432
Karlsruhe, Karlstr. 16, gegenüber Rest. Moninger



ADLER
FAHRRÄDER

Sport-Touren-Luxusräder,
Geschäfts-Zwei- u. Dreiräder.
Spielend leichter Lauf
Unverwüstlich
ADLER-WERKE
Filiale Karlsruhe Zirkel 32
— Telephon 236 —
Reparaturwerkstätte 393

Für den Umbau eines
Bahnsteigtunnels im Per-
sonenbahnhof Mannheim
Ausmaß 1900 cbm, Beton-
abdruck 60 cbm, Beton
820 cbm, Eckartalfand-
steinquader 25 cbm, Gran-
ittreppentufen 320 Ift.
Meter, Eisenbearbeitung
3500 kg nach der Verbin-
dungsordnung für Baulei-
stungen 1926 öffentlich zu
vergeben. Pläne und Ver-
dingnisheft liegen auf
Zimmer 21, Joseph-Keller-
Str. 6, zur Einsicht auf.
Dasselbst Abgabe der Ver-
dingnishefte samt
Bauverzeichnisse gegen
3 M. Angebote verschlos-
sen mit Aufschrift „Bahn-
steigtunnel Mannheim“ bis
zum Öffnungstermin am
5. April, 10 Uhr, postfrei
hierher einreichen. Zu-
schlagsfrist drei Wochen.
Mannheim, 22. März 1928.
Reichsbahnbauamt Mann-
heim 2. M.806

Lahr. M.827.
Vereinsregister Lahr
D.-Z. 74: Gemeinschaft und
Jugendbund für entschiedenes
Christentum e.V. Lahr in Lahr.
Lahr, 14. März 1928.
Amtsgericht.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Bezirksparkasse Donaueschingen
(Öffentliche Verbandsparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	4 461,71	1. Spareinlagen	2 441 331,48
2. a) Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post- scheckamt 15 278,18		2. Giro- und Kontokorrent- einlagen	699 955,55
b) Betriebskapi- talanteil bei der Girozen- trale 39 780,88	55 059,06	3. Guthaben anderer Spar- kassen, Girozentralen u. Banken	425 775,69
3. Eigene Wertpapiere (Kurswert am 31.12.27)	7 896,—	4. Reichsbankkredite	24 000,52
1. Wechsel und Schecks	121 837,58	5. Aufwertungskonto	8 313,72
5. Kontokorrentdebitoren	828 552,46	6. Gezügelter Reservefonds: a) Bestand Ende 1926	101 492,08
6. Feste Darlehen: a) auf Hypoth. 1934 960,50		b) Zulassung des Rein- gewinns für 1927	32 554,60
b) Grund- stückkauf- gelder 246 715,90			134 046,68
c) an Gemein- den 221 400,—			
d) gegen Bürg- schaft 200 255,80			
e) gegen Kauf- pfand 6 690,—			
f) Rentenbank- kredite 20 988,52	2 631 010,72		
7. Grundstücke u. Gebäude 75 000,—			
Abreibung 15 000,—	60 000,—		
8. Gerätschaften 1 846,95			
Abreibung 1 845,95	1,—		
9. Zinsrückstände	24 545,11		
	3 733 423,64		3 733 423,64

Berechnung der Sicherheitsrücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat 5 % aus 3 141 287,03 RM Ein-
lagen = 157 064,35 RM
zu betragen. Sie beträgt auf Schluß des
Jahres 1927 = 134 046,68
Es fehlen somit 23 017,67 RM

Donaueschingen, den 22. Februar 1928. M.829

Bezirksparkasse Donaueschingen.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Schippel.
Der Geschäftsleiter: Schippel.

Centralboden

Preußische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft

Von unseren neuen

8% Central-Gold-Pfandbriefen

vom Jahre 1927 mit April-Oktober-Zinsen,

die an der Berliner Börse bereits amtlich notiert werden und
deren Zulassung an den Börsen von Frankfurt a. M., Ham-
burg, Köln und Leipzig beantragt ist, legen wir

10 000 000 Goldmark zum Kurse von 98%

außerdem Stückzinsen vom 1. April bis zum Abnahmetage
zur Zeichnung auf.

Die Zeichnung findet statt
bis zum 14. April 1928,

früherer Schluß vorbehalten,

bei der Preußischen Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft,

„ „ Direction der Disconto-Gesellschaft

und deren Zweiganstalten,

„ S. Bleichröder, Berlin,

„ Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,

in Karlsruhe (Baden) bei der Badischen Bank

„ „ „ „ Straus & Co.

„ „ „ „ Süddeutschen Disconto-

„ „ „ „ Gesellschaft A.G. Filiale

„ „ „ „ Karlsruhe

und bei den sonstigen Zeichnungsstellen sowie bei allen Bank-

firmen und Sparkassen, wo ausführliche Prospekte zu bezie-

hen sind.

Die Abnahme der Stücke kann jederzeit bis Ende 30. April

geschehen.

Die Sicherheit der Gold-Pfandbriefe beruht auf Gold-

Hypotheken nach Feingoldwert, die auf ländlichen und städtischen

Grundstücken eingetragen sind.

Eine Kündigung ist bis 1933 ausgeschlossen. Die

Tilgung muß spätestens 1965 beendet sein.

Stücke über 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Goldmark.

Sie sind von der Reichsbank zur Beleihung in Klasse A

zugelassen.

Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49 431

Preußische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft
Schwarz Lindemann Desterlinsk Brede

G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)

G. m. b. H.

KARLSRUHE

Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art
für Industrie, Handel, Behörden
und Private

Kurze Lieferfristen
Preise mäßig

112 Stück IV. Klasse
mit 94,90 fm,
27 Stück V. Klasse mit
14,10 fm,
zusammen 315,74 fm.
Angebote auf die ein-
zelnen Klassen sind in
Prozent der jetzigen
Landesgrundpreise ver-
schlossen bis Samstag, den
7. April 1928, abends
6 Uhr, beim Bürgermei-
steramt einzureichen. Das
Holz liegt an fahrbaren
Wagen in den Waldstrik-
ten I. Eichenstetter = II.
Ambringer = Grund und
III. Urberg. 3.378
Karlshofen, 17. März 1928.
Der Gemeinderat:
Hob. Binninger,
Vrgrmstr.

Aufforderung!

Georg Adam Kallenbach
& Sohn, G. m. b. H.
Karlsruhe.

Die Firma ist aufgelöst.
Gläubiger wollen sich bei
den Liquidatoren Wilhelm
Kallenbach und Heinrich
Kallenbach, Weichenstr. 22,
melden. M.822

Straßenpflasterung.

Nach der Verordnung
des Finanzministeriums
vom 20. Januar 1928 —
Verbindungsverordnung
für Bauleitungen (VOB)
— sind durch öffentliche
Verdingung zu vergeben:
1. in 5 Losen die Biefe-
rung frei Verwen-
dungsstelle von
a) 40 Tonnen Granit-
pflastersteine II.
Klasse nach Achern,
b) 1600 Ift. m Stell-
steine aus Granit
auf die Strecke bei
Sinzheim,

c) 1680 Ift. m Stell-
steine aus Sandstein
auf die Strecke bei
Sinzheim;

2. die Anlage des Pfla-
sterfundamentes u. die
Herstellung von 4400
qm Klein- und Rin-
nenpflaster in Achern
in 2 getrennten Losen.
Angebote mit Benüt-
zung der vorgeschriebenen
Bordrude, die beim Bau-
amt gegen Barvergütung
von 50 Mpf für das Stück
erhältlich sind, wollen post-
frei u. mit der Aufschrift
„Angebot auf Straßen-
pflasterung“ versehen, bis
spätestens Mittwoch, den
11. April 1928, vormittags
9 Uhr, an das Bauamt,
bei dem die Pläne und
Bedingungen vom 20. März
ab auf Zimmer Nr. 7 zur
Einsicht aufliegen, einge-
reicht werden. Nach aus-
wärts werden Pläne und
Bedingnishefte nicht ab-
gegeben. M.818.2.1
Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Achern, 24. März 1928.
Wasser- und Straßenbau-
amt.

Bruchsal. M.837
Güterrechtsregistereintrag
Band III S. 179: Krins,
Karl, Urmacher, und Anna
geb. Leithold. Vertrag vom
7. März 1928. Güter-
trennung des BGB.
Bruchsal, 22. März 1928.
Amtsgericht I.

Bruchsal. M.839
Güterrechtsregistereintrag
Band III, Seite 180: Kiefer,
Karl, Urmacher, und Anna
geb. Leithold. Vertrag vom
24. Juli 1915. Güter-
trennung des BGB.
Bruchsal, 26. März 1928.
Amtsgericht I.

Badisches Landestheater

Freitag, 30. März 1928

* F 23 (Freitagmiete)

Der Freischütz

von Weber

Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz

In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Ottolar Weyrauch
Runo Löjer
Agathe Franz
Jennchen Hermendorff
Kaspar Dr. Wucherpfennig
Max Witt
Samuel Ritter
Kilian Laufötter
Eremit Vogel

Leih
Ofer
Winter
Burgess
Buchs
Paulus
Fischbach
Müsch

Größinger
Lindemann
Kilian

Chöre: Georg Hofmann
Anfang 19/2 Ende 22/2
I. Rang und I. Sperrfisch
7 RM.

Samstag, 31. März:
Die Kropfenkinder.
So. 1. April: Neu einstudiert:
Mignon. Im Kongertshaus:
Mit-Heidelberg.

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die neue
REVUE
Geheimnisse
des Harems